

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Bruno Baumann, SP: Stellenabbau bei der Clariant**

Autor/in: [Bruno Baumann](#), SP

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 12. März 2009

Bemerkungen: Als dringlich eingereicht
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Clariant hat den Abbau von 132 Stellen geplant. Davon betroffen sind Mitarbeitende an den Standorten Muttenz, Reinach und Münchenstein. Die neuste Situation der Clariant Schweiz, ist von grosser wirtschaftspolitischer Bedeutung für die Region.

Die Clariant hat eine relativ kurze Geschichte. Abgelöst als Spin Off der damaligen Sandoz AG, wurde die Firma 1995 in die Eigenständigkeit entlassen. Als Hauptsitz wurde das Werk Schweizerhalle in Muttenz bestimmt. Im Jahre 1997 erfolgte dann die Fusion mit der Chemikaliensparte der deutschen Höchst und im Jahre 2000 die Übernahme der britischen BTP. Diese beiden Akquisitionen erwiesen sich im Nachhinein als zu grosse Bürde und brachten die Firma ins Schlingern. Seither hat sie sich nie mehr richtig erholt. Sie wurde mehrmals umstrukturiert, meist mit dramatischen Folgen für die Belegschaft und Steuerzahlenden auch in unserm Kanton. Die Zahlen zeigen den Stellenabbau:

2004: Abbau von 4'000 Stellen weltweit, davon 280 Stellen in der Schweiz

2007: Abbau von 2'200 Stellen weltweit, davon 100 in der Schweiz

2008: Abbau von 20 Stellen im Bereich AVA (Activity Value Analysis) in Muttenz

2009: angekündigter Abbau von 1'300 Stellen weltweit, davon 132 in der Schweiz

Die neuste Situation der Clariant Schweiz, mit einem Stellenabbau von 132 Mitarbeitenden, wirft insbesondere für unsere Region Fragen auf, um deren Beantwortung ich den Regierungsrat bitte.

1. Ist sich der Regierungsrat über den im Laufe der letzten Jahre erfolgten Arbeitsplatzabbau der Firma Clariant im Klaren, und wurde er jeweils darüber informiert?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation bei Clariant betreffend den neuerlichen Stellenabbau von 132 Stellen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich bei der Clariant dafür einzusetzen, dass durch Einführung von Kurzarbeit anstelle von Entlassungen die Stellen an den Standorten der Nordwestschweiz erhalten werden und dass die Konsultationsfrist mit den Arbeitnehmervertretungen verlängert wird?
4. Ist der Regierungsrat auch bereit, sich für Sozialpartnergespräche mit der Regierung in der Sache einzusetzen? Was hat er in der Sache bereits vorgekehrt?
5. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um die noch verbleibenden Arbeitsplätze in den Standortgemeinden der Nordwestschweiz langfristig zu sichern?
6. Wie ist die generelle Ausrichtung des Regierungsrates in der Industriepolitik?